

# Baugewerkschaft

## Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 200 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. \* Redaktionsschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung  
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 100 Mark, Reklame 300 Mark, für Versammlungsanzeigen 2 Mark pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

### Dem Mutigen gehört die Welt

Feiger Gedanken  
O Bängliches Schwanken,  
Weibliches Jagen,  
Menschliches Klagen  
Wendet kein Glend,  
Macht dich nicht frei!  
Allen Gewalten  
Zum Trutz sich erhalten,  
Nimmer sich beugen,  
Kräftig sich zeigen,  
Rufet die Arme,  
Der Götter herbei!

Goethe.

### Auf zur Werbearbeit!

Von dem großen Pochen Not, Elend und Entbehrung, an dem unser deutsches Volk im vergangenen Winter zu schleppen hatte, lag auch auf den Schultern der Bauarbeiter ein gehäufter Teil. Einmal hatten wir alle gleich den anderen Volksgenossen unter all dem Furchtbaren und Schweren, das in der letzten Zeit auf uns, die Angehörigen eines vogelfreien Volkes, niedergeprasselt ist, dazu aber hätten gerade wir Leute vom Bau noch ein besonderes Päckchen zu schleppen. Während noch um die Jahreswende herum der Beschäftigungsgrad im Baugewerbe als einigermaßen erträglich zu bezeichnen war, hat er sich seitdem in geradezu erschreckendem Maßstabe verschlechtert. Grund dafür war die fast völlige Einstellung der Wohnungsbautätigkeit infolge des Bestehens der Geldquellen und eine bedeutende Verminderung auch der privaten und industriellen Bautätigkeit als Folge der unsicheren politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Dadurch entwickelte sich im Februar und März dieses Jahres eine Arbeitslosigkeit, wie wir sie in diesem Ausmaße selbst in den ersten Nachkriegsjahren kaum erlebt hatten. Das aber bedeutete für zahllose unserer Kollegen und ihrer Familien eine ganz besonders bittere und trübe Zeit, und in gar mancher Bauarbeiterfamilie erfuhr die Fastenzeit eine erzwungene Verlängerung über das Osterfest hinaus.

Heute nun können wir wieder mit größerer Hoffnung und frischem Lebensmut in die nächste Zukunft schauen. Hat es auch lange, ja viel zu lange gedauert, ist auch schon mancher schöne Frühlingstag ungenützt verstrichen, so können wir uns doch jetzt der begründeten Hoffnung hingeben, daß unser Gewerbe, das uns allen Nahrung und Brot gibt, in kürzester Zeit wieder in Gang kommen wird. Erhebliche Mittel für den Wohnungsbau sind nicht allein bewilligt worden, sondern auch bereits zur Verteilung gelangt. Allein Preußen hat in der Osterwoche mehr als 90 Milliarden Mark für die Zwecke der Wohnungsneubautätigkeit an die Oberpräsidenten zur Verteilung gebracht. Es kann also in der Tat nur noch eine Frage von Tagen sein, bis die neu erwachende Bautätigkeit die heute noch feiernden Kollegen wieder in Lohn und Verdienst bringt.

Damit aber entstehen auch neue Aufgaben und Pflichten für unsere Organisation. Die Haltung unserer Arbeitgeber ist zu bekannt, als daß wir auch nur einen Augenblick in der energischen Verfechtung unserer Interessen erlahmen dürften. Gerade die Unüberwindlichkeit der kommenden Wirtschaftsverhältnisse muß uns zur größten Vorsicht mahnen. Mehr

denn je gilt es, auch den letzten Kollegen zur Auffüllung der eigenen Front und zur Stärkung unserer Machtposition heranzuholen. Noch viel über dieses Thema zu sagen, erübrigt sich. Die letzten Jahre dürften jedem Kollegen zur Genüge gezeigt haben, daß wir starke und innerlich geschlossene Organisationen in der Lage sind, den Kampf um die Existenzbedürfnisse ihrer Mitglieder mit Erfolg durchzuführen.

Daraus aber ergibt sich die unabweisbare Pflicht für all unsere Mitglieder, nimmehr mit verstärkter Kraft in die Werbearbeit einzutreten. Im verflossenen Jahre waren uns gewiß schöne Erfolge beschieden. Sie mit zäher Energie weiter auszubauen, muß unser aller unermüdete Aufgabe sein.

Was bisher erreicht wurde, ist verhältnismäßig wenig Mitgliedern zu danken. Gerade in der Werbearbeit hat die große Masse bisher nicht mitgeleistet. Das ist gewiß aus mancherlei Gründen zu verstehen, damit aber noch lange nicht zu billigen.

Unsere christlichen Gewerkschaften werden als Ideenbewegung namentlich in der heutigen Zeit des Materialismus und Egoismus nicht auf einen Massenzustrom unaufgeklärter und indifferenter Arbeiter rechnen können. Wir holen unsere Mitglieder nicht gleich zu Hunderten durch große Agitationsversammlungen herein. Unsere Werbearbeit erfordert ein ruhigeres System, nämlich das der Kleinarbeit. Und das wiederum verlangt die Mitarbeit jedes Kollegen. Nur jeden einzelnen, den wir unserem Verbands zuzuführen wollen, gilt es mit unserer ganzen Persönlichkeit zu ringen. Es handelt sich darum, ihn aufzuklären über seine Pflichten als Arbeitnehmer unseres Gewerbes gegenüber seiner ganzen Kollegenschaft, es gilt aber auch, ihn mit den besonderen geistigen Ideen unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung vertraut zu machen.

Gerade in letzter Hinsicht brauchen wir uns nicht zu verstecken. Mag auch infolge der widrigen Wirtschaftsverhältnisse der Materialismus in den Kreisen der Arbeiterschaft größer sein als je zuvor, so darf uns das doch nicht entmutigen. Wenn wir unsere Wirtschaft und unser Volk wieder aufrichten wollen, so gelingt das nicht vom Boden des Egoismus und Materialismus, sondern allein auf der Grundlage einer wirklichen christlichen Gesinnung. Diese Erkenntnis wächst in unserem Volke, und gar mancher Kollege, der heute noch nicht zu uns gehört, ist sich im innersten Herzen darüber schon klar geworden. Durch eifrige Aufklärungsarbeit gilt es die Früchte dieser sich anbahnenden inneren Umgestaltung unseres Volkes zu pflücken. Mehr wie je gilt da jenes Wort des bekannten P. Besj, des Theoretikers unserer christlichen Gemeinwirtschaft: „Fort mit jener Demut, die aus dem Bewußtsein der Schwäche kommt! Hoch den Pop, ihr christlichen Arbeiter! Ihr seid im Besitz der Wahrheit! Ihr bietet den Arbeitern und dem ganzen Volke Besseres als der Sozialismus!“

In dieser Ueberzeugung, in diesem sieghaften Gefühl der Unüberwindlichkeit gilt es auch unsere Werbearbeit aufzunehmen, der sich keines unserer wirklich überzeugten Mitglieder entziehen darf. Beginne man sofort mit der Kleinarbeit! Kümmere man sich um die un- oder falschorganisierten Kollegen, die uns innerlich nahe stehen. Einen einzigen nur nehme sich jeder von uns aufs Korn. Das Opfer einer solchen systematischen Werbearbeit wird sich gar bald bezahlt machen.

Ohne Mühe und Anstrengung ist noch nie ein großes Werk geschafft worden. Nichts auf unserer Welt, und wenn es das Beste und Schönste wäre, ringt sich von allein durch. Immer wieder müssen es lebendige, begeisterte Menschen sein, die ihm zum Siege verhelfen. Wollen wir deshalb einen durch-

schlagenden Erfolg unserer Werbearbeit, so steht er nur zu erwarten bei wirklichem Opfergeist unserer Mitglieder und dem vollen Einsatz ihrer Persönlichkeit. Die Zukunft wird weisen, bis zu welchem Grade wir dazu fähig sind!

### Lohnfrage und Markstabilisierung

Von M. Gagemeyer, München.

II.

Die Reparationsverpflichtungen des Vorjahres entzogen der deutschen Volkswirtschaft gewaltige Mengen lebensnotwendigen Blutes. Die Wirkungen zeigten sich in dem gewaltigen Emporschnellen der Preise. Wieder konnten die schon durch die eigentümlichen Kriegslohnverhältnisse zurückgebliebenen Löhne nicht nachkommen. Die Preise stiegen beinahe alle Tage, die Löhne vielleicht alle 14 Tage oder alle vier Wochen. Eine Erfassung der Preisaufschläge bis zum Verhandlungstag war mangels statistischen Materials in den wenigsten Fällen möglich. Die Berechnungen der Gewerkschaften über Lebensnotwendigkeiten wurden an manchen Schiedsstellen, wenn auch unausgesprochen, als Tendenz gewertet. Man redete vom Nichttragen können der Lohnausgleiche durch die Wirtschaft. Wie der Arbeiter sich mit dem Tragen der Preiserhöhungen abfand, wurde weniger gewürdigt. Die an sich vernünftige Rücksicht auf das Einspielen der Wirtschaft auf größere Zahlen erteile zu einer Furcht vor dem angeblichen Wirtschaftstillstand aus.

Das Wort von dem „Eingriff in die Substanz“, das anlässlich der Diskussion der Besitzsteuern geprägt wurde, ist auch als Schiedsmittel bei allen Lohnverhandlungen benutzt worden. Soweit die „Substanz“ Gemeingut ist oder als solches von Privaten verwaltet wird, wollen wir als Arbeiterstaatsbürger ihren Wert gewiß nicht verkennen. Soweit die Lebensart jedoch zur Bemäntelung privater Interessen dient, kann sie unmöglich gelten. Die übrigen Wirtschaftszweige haben kein soziales und kein wirtschaftliches Recht, von der allgemeinen Armut, das ist Anteil am Tragen der Kriegslasten, entbunden zu werden. Die staats- und wirtschaftspolitisch wertvollste „Substanz“ des Volkvermögens bildet die werkschaffende Kraft der Volksgemeinschaft. Neben dem kopparbeitenden Teil stellt der handarbeitende Teil unserer Bevölkerung ohne Zweifel die größte Zahl der Träger dieses staatswichtigen Substanzmittels. Durch geringe Entlohnung und daraus sich ergebende Unterernährung die Arbeitskraft schwächen, heißt die Wirtschaftssubstanz verkleinern. Notwendige Löhne erhalten diese Substanz, wenn sie auch die von den Unternehmern gemeinte Wirtschaftssubstanz verkleinert oder, richtiger gesagt, etwas gerechter verteilen. Eine große Reihe weiterer nicht stichhaltiger Einwände gegen Lohn erhöhungen, wie Schwierigkeit der Zahlungsmittelbeschaffung, Stöcken der Geschäftstätigkeit, Verkümmern der Unternehmungslust usw., lassen sich leicht in ähnlicher Weise zerstückeln. Sie werden aber immer wieder als Popanz aufgeführt, mit dem man notwendige Lohnausgleiche hinten zu halten versucht.

Der Hinweis, daß die Verarmung des deutschen Volkes durch den Krieg auch in einem relativ geringeren Lohn zum Ausdruck kommen müsse, kann volkswirtschaftlich genommen verschieden beurteilt werden. Es fragt sich eben, ob dieser Kriegslastenanteil des Reallohns sich im Stundenlohn oder in den staatlichen Lasten oder in beiden auswirken muß. Wir sind der Auffassung, daß der Anteil des Arbeiterstandes an der Kriegsverarmung von diesem heute schon voll auf in erhöhten direkten und indirekten Steuern getragen wird. Der zehnprozentige Steuerabzug fröhlich von der Lohnsumme weg ist gewaltig höher als die frühere Steuerleistung selbst in den höchstbesteuerten Staaten Sachsen, Preußen. Die in den erhöhten Lebensmittelpreisen

liegenden Umsatzsteuern bedeuten ganz besonders für große Familien eine schwere Kriegslast. Mögen andere Stände diese auch tragen, so bleiben sie doch bei einem zahlenmäßig höheren Einkommen gegenüber dem Lohn eines Arbeiters, im Prozentanteil gerechnet, weit zurück. Des weiteren bedeutet die durch die Zerrüttung unseres deutschen Weltstandes herbeigeführte Verkümmern der sozialen Versicherungsunternehmungen ein gewaltiges Manko im Arbeitereinkommen: auch eine Kriegslast. Will man also den Miteil an der Volkserhaltung neben den geschädigten Einbußen auch noch im Lohnverhältnis zum Ausdruck bringen, dann wird der Arbeiterstand praktisch beinahe doppelt von den Kriegswirkungen betroffen.

Leider haben die sich überstürzenden Preisbewegungen des letzten Halbjahres, denen die Löhne nicht im gleichen Maße folgen konnten, heute ein derartiges Verhältnis bereits herbeigeführt. Jeder Lohnempfänger kann das heute in seinem Haushalt praktisch durch die geringen Bestände an Lebensmitteln und Haushaltsgegenständen und den Verzicht auf die bescheidensten Kulturgenüsse nachweisen. Gätten wir uns im Kriege nicht langsam zwangsläufig an diese Einschränkungen gewöhnen müssen, dann würde es dem einzelnen noch viel schwerer auf die Seele drücken. Aber auch zahlenmäßig kann man an Hand der verschiedensten Meßziffern die Kriegsberarmung nachweisen. Der amtliche Index für die Errechnung der Lebenshaltungskosten einschließlich Kleidung und Wohnung stellt nicht den Bedarf dessen dar, was eine Familie notwendig braucht. Er sagt vielmehr zur Erläuterung seiner Bewertungsmöglichkeit: Unter Teuerungszahl versteht man den vierwöchigen Geldaufwand (in Mark) einer fünfköpfigen Familie für eine bestimmte Menge Nahrungsmittel, Heiz- und Leuchtstoffe und für eine Zweizimmerwohnung mit Küche. Es werden nicht sämtliche Lebensmittel, sondern nur eine bestimmte Menge von der Teuerungstatistik erfasst, z. B. fehlen Käse, Butter, Salat und Bier, und es sind auch nicht die Ausgaben für Hausrat, Körper- und Gesundheitspflege, Unterricht, Erziehung, Geselligkeit, Versicherung, Berufsorganisation, Verkehr, Steuern usw. berücksichtigt. Der Bedarf an Kleidung wird durch eine bestimmte Anzahl Kleidungsstücke, die auch die nicht erfassten Kleidungsstücke im Ausgabenteil mitdecken sollte, zahlenmäßig zu messen versucht. Der Index stellt also praktisch eine Meßziffer dar, die den gesamten Bedarf bei weitem nicht erfasst. Man kann den kulturell berechtigten Bedarf auf mindestens ein Drittel höher veranschlagen. Auf dieser Höhe stand er bereits bei der doch auch vor dem Krieg bescheidenen Lebenshaltung.

Nimmt man nun diese Meßziffer zur Grundlage und stellt daneben den vollen Stundenlohn eines Facharbeiters unter Nichtberücksichtigung der Bitterungszeiten, dann ergibt sich auch rein zahlenmäßig, einen wie großen Anteil heute der Arbeiterstand von der Berarmung des Volkes neben seinen direkten und indirekten Steuerleistungen, neben seinen Einbußen an seinen Versicherungs-einrichtungen zu tragen gezwungen wird. Der Facharbeiterlohn in München stand vor dem Krieg hinter dem Durchschnitt der übrigen deutschen Groß-

städte um ein Gewisses zurück. Diesen nun mit den örtlich festliegenden Indexzahlen, die Marktausgaben bedeuten, in Vergleich gesetzt, ergibt folgendes Bild:

Vergleichszeit	Der Lohn betrug gegenüber den auf Grund des Index errechneten Lebenshaltungskosten			
	Mehr		Weniger	
	pro Stk.	in %	pro Stk.	in %
1913/14 . . . . .	0,19	39,9	—	—
1922:				
Februar . . . . .	—	—	1,52	11,3
März . . . . .	—	—	0,97	6,3
April . . . . .	—	—	2,05	9,5
Mai . . . . .	0,80	3,6	—	—
Juni . . . . .	—	—	1,57	5,5
Juli . . . . .	—	—	2,70	7,8
August . . . . .	—	—	3,07	6,8
September . . . . .	—	—	12,98	16,4
Oktober . . . . .	—	—	24,22	18,5
November . . . . .	—	—	111,07	39,0
Dezember . . . . .	—	—	154,18	32,1
1923:				
Januar . . . . .	—	—	196,—	31,5
Februar . . . . .	—	—	560,—	38,3

Die absoluten Zahlen der Stundenlöhne bieten einen schwierig zu beurteilenden Vergleichsmaßstab, weil man gerechterweise neben sie den Kaufkraftbetrag in den jeweiligen Monaten setzen müßte. Die Prozentzahlen hingegen sind sicherere Anhaltspunkte. Sie zeigen, daß einmal vor dem Krieg die Gesamtlebenshaltung trotz ihrer Bescheidenheit eine weit bessere war als jetzt. Sie zeigen weiter, daß die Lohnentwicklung in den ersten neun Monaten des Vorjahres, einmal durch die damals noch nicht zum äußersten getriebenen Reparationsverpflichtungen geringer belastet wurde und andererseits auch die wirtschaftliche Konjunktur den Bauarbeiterorganisationen die Möglichkeit bot, die Lebenshaltung wenigstens ungefähr gleich zu erhalten. Das rapide Zurückbleiben der Löhne hinter der Teuerung seit September vorigen Jahres liegt in den durch die Reparationsleistungen und durch die innerwirtschaftlichen moralischen Defekte der Produzenten und Händler hervorgerufenen Preissteigerungen und weiter in der Ausnutzung der Winterzeit durch das Unternehmertum. Der elementare Grundsatz, daß der Mensch Träger und Subjekt der Wirtschaft sein muß, ist in sein Gegenteil, daß der Mensch Objekt der Wirtschaft geworden ist, verkehrt. In diesem Punkt wirtschafts- und staatspolitischer Sinnlosigkeit stehen wir heute, wo die angebliche Marktstabilisierung eintritt.

(Fortsetzung folgt.)

### Wie kommt die Reichsindexziffer zustande?

Der Reichsindex wird heute vielfach Berechnungen im wirtschaftlichen und privaten Leben zugrunde gelegt, ohne daß man sich allgemein über das Zustandekommen der Indexziffer klar wäre. Eine kurze Darlegung über die Art der Berechnung wird daher das Interesse der Leser finden.

Die Reichsindexziffern über die Lebenshaltungskosten werden auf Grund amtlicher Preissteigerungen berechnet, die sich auf Nahrungsmittel, Wohnungsmiete, Heiz- und Leuchtstoffe und Bekleidungsgegenstände erstrecken und fortlaufend in 71 deutschen Städten vorgenommen werden. Unter Berücksichtigung des Bedarfs einer aus zwei Er-

wachsenen und drei Kindern im Alter von 12, 7 und 10 Jahren bestehenden Familie ist eine Normalration für einen Vierwöchigenbedarf aufgestellt worden, deren Kosten jeweils festgestellt werden. Hierbei wurde von den Verhältnissen der Nachkriegszeit ausgegangen. Die Normalration ist zu dem Zwecke festgesetzt worden, um jedem der erfassten Lebensbedürfnisse und Nahrungsmittel bei seiner Wichtigkeit entsprechende Maß in der Gesamtlebenshaltung zuzuweisen. Brot ist deshalb beispielsweise mit 47 Kilogramm eingerechnet worden, Kartoffeln mit 70 Kilogramm, Speck mit 1,5 Kilogramm und Fett mit 1,5 Kilogramm usw. Für das Wohnbedürfnis ist die Zimmerwohnung mit Küche angeworben. Damit soll keineswegs gesagt werden, daß nur eine Familie unter allen Umständen mit diesem beschränkten Maß von Lebensbedürfnissen auskommen könne. Die Reichsindexziffern können und sollen unter keinen Umständen zur Bestimmung eines Existenzminimums dienen, sondern nur ausgeben, in welchem Verhältnis die Gesamtkosten der Lebenshaltung im Durchschnitt des einen Monats gegenüber dem anderen jeweils sich verändert haben.

Wie wird nun die Reichsindexziffer berechnet? In den 71 Städten finden monatlich an zwei Stichtagen, die im ersten und letzten Drittel jedes Monats liegen, Preisserhebungen statt, deren Zuverlässigkeit auch dadurch verbürgt ist, daß sowohl Arbeitgeber- als Arbeitnehmervertretungen stets dabei mitwirken. Die für die einzelnen Gemeinden ermittelten Stichtags-Teuerungszahlen werden in Gemeinde-Größenklassen zusammengefaßt und mit der Einwohnerzahl aller derselben Größenklasse angehörenden deutschen Städte gewogen. Aus diesen gewogenen Durchschnittszahlen wird die Reichs-Durchschnittsziffer gebildet, die mit der Friedens-Teuerungszahl (= 1) in Beziehung gebracht, die Stichtags-Reichsindexziffer ergibt. Das Mittel der beiden Stichtagszahlen ist die Reichsindexziffer für den Monatsdurchschnitt.

Wodurch wird die Höhe der Reichsindexziffer beeinflusst, warum erscheint sie niedriger als z. B. die Preisvervielfachung der meisten Lebensmittel?

Bei der Berechnung der Reichsindexziffer ist natürlich auch die Wohnungsmiete mit berücksichtigt, die vor dem Kriege 23,5 v. H. sämtlicher in die Berechnung einbezogener Lebensbedürfnisse betrug, während sie im Februar 1923 nur 0,5 v. H. davon ausmachte, d. h. nur etwa einen doppelten Stundenlohn gegenüber fast einem Wochenlohn vor dem Kriege. Auch das Marktbrot, das im Februar nur etwa das 150fache des Friedenspreises kostete, und die Kartoffeln mit dem 200fachen Preis beeinflussten, besonders durch ihre verhältnismäßig großen Mengen in der Ernährungsration, die Höhe der Reichsindexziffer beträchtlich. Aber auch diese wichtigsten Lebensmittel müssen ihren Einfluß bei Feststellung der Indexziffer behalten, will man nicht das gar.e Bild bewußt fälschen.

Die sprunghafte Entwicklung der Teuerung ist in den letzten drei Monaten von Störungen und auch vorübergehenden Preisentungen unterbrochen worden, die es schwierig machten, auf Grund von zwei-Stichtagsserhebungen einen annähernd zuverlässigen Durchschnitt für die Teuerung im Monat festzustellen. Im Januar erscheint die Reichsindexziffer mit einer Steigerung von nur 63,5 v. H. zu niedrig, weil sie durch die nach dem Ruheinfall einsetzende außerordentliche Preissteigerung im Anfang Februar schon längst überholt war. Im dem Stichtag im ersten Drittel des Monats war die Preissteigerung eben noch ganz gering. Für Februar liegen die Dinge nun umgekehrt. Die Reichsindexziffer weist für diesen Monat eine Steigerung von 136 v. H. auf, was vielen zu hoch erscheint. Die Reichsindexziffer hat jedoch sowohl für den Januar wie für den Februar ein den durchschnittlichen Verhältnissen in beiden Monaten entsprechendes Bild der Teuerung gegeben.

Die nächste Nummer erscheint am Sonntag, den 29. April 1923.

### Deutsche Hoffnung

Glaube an das Vaterland!  
 Ist es jetzt auch todesmatt,  
 Blutet lausendfältig,  
 Wo's der Feind geschunden hat  
 Hebermächtig, hinterhältig:  
 Einst erhebt sich's doch,  
 Recht sich herrlich hoch!

Siehst du wohl die Frühlingssprache?  
 Wer hielt längst sie noch für möglich,  
 Als der Winter unerträglich?  
 Eiserne Bande sprengt Natur,  
 Sie gehorcht dem Höchsten nur  
 Spottet über Menschentand; —  
 Und Natur ist Vaterland!

Auferstehen, ja auferstehen  
 Wirst du, kures Vaterland.  
 Später wird, die dich noch drückt,  
 Einst die Menschenpanzerhand:  
 Ich glaub an dich, mein Vaterland!

Georg Rowoldt.

### Perlen deutscher Städte

#### 5. Goslar.

Im vergangenen Jahre hat Goslar den Tag gefeiert, an dem es vor tausend Jahren gegründet wurde. Es verbaute seine Entstehung den Silbergruben am Nordhartz, die damals reichliche Ausbeute gaben, und seine erste Blüte den kaiserlichen und sächsischen Kaisern, die hier ihre Hofe hatten, nämlich das Kaiserhaus, den kaiserlichen erbliebenen Profanbau Deutschlands, in dem

Heinrich IV. geboren wurde. Die Stadt wurde 1204, als sie zu den Hohenstaufen hielt, vom Gegenkaiser Otto IV. fast vollständig zerstört. Eine zweite Blüte erlebte Goslar dann erst wieder als Mitglied der Hanse, also ähnlich wie Braunschweig, aber nicht so reich wie dieses. Der Eindruck, den man von Goslar bekommt, wenn man von den Harzbergen niedersteigt, ist ein recht würdiger: noch stehen zum Teil die alten Wälle, vieladrig, steil und brunn drängen sich die alten Dächer zusammen, und hoch ragen aus dem Häusergewirr die vielen Gotteshäuser zum Himmel empor. Von der modernen Industrie- und Handelsentwicklung ist es wenig berührt worden, es zählt nur etwa 15 000 Einwohner.

Der Mittelpunkt der Stadt bildet natürlich, wie in allen altertümlichen Orten, der Marktplatz. In seiner Mitte steht ein großes metallenes Brunnenbecken, das schon aus dem 12. Jahrhundert stammen soll, und rundherum altehrwürdige Häuser. Von diesen sind besonders beachtenswert das Rathaus und der Kaiserwirth. Jenes, jetzt erneuert, ist ein einfacher, geschmackvoller Bau der Gotik aus dem 15. Jahrhundert. Den inneren „Huldigungsaal“ hat Meister Wohlgemuth mit gelungenen Gemälden aus Christi Kindeszeit geschmückt. Der Kaiserwirth, aus derselben Zeit stammend, war ehemals das Gildhaus der Gewandhändler; jetzt wird er als Gasthof benutzt. An der Straßenseite führen Laubengänge entlang, über denen die Statuen von acht Kaisern, von Heinrich I. bis Lothar v. Supplinburg angebracht sind. Zwei weitvorspringende Erker in der Mitte teilen das Haus gut auf.

Auf einem anderen Platz, nahe dem Markte, ragen zwei altersgraue Zeugen aus der ersten Jugendzeit der Stadt. Da ist zunächst die Domkapelle, der Rest des einst hochberühmten Goslarer Domes, der 1830 abgetragen werden mußte. Heinrich III. hatte 1039 an dieser Kirche den Grundstein gelegt. An den Formen und Mauerwerk der Kapelle, die den Eingang bildet, kann man noch den Eindruck sich nacherkennen, den dieser Architekt hervorgerufen haben muß.

Der Stolz Goslars aber ist sein neunhundertjähriges Kaiserhaus. Durch widriges Schicksal hart mitgenommen, geriet es seit dem Ende des Mittelalters in Verfall, wurde mehrfach durch Umbauten entsetzt und eine Zeitlang gar als Kornmagazin benutzt. Im 19. Jahrhundert aber weckte der romantische Geist auch wieder den Stolz des Volkes auf seine große deutsche Vergangenheit, und man suchte nun pietätvoll wenigstens die gebliebenen Reste zu bewahren. Der Plan der Renovation war fertig, als der Krieg 1866 ausbrach, durch den das hannoversche Goslar Preußen zufiel. Dieser Staat führte nun das Projekt in großzügiger Weise aus und ließ auch die inneren Säle durch Wislizenus prachtvoll ausstatten, der in einer Reihe von Gemälden Aufblühen, Verwelken und neue Blüte des Reiches darstellte. Eine breite Freitreppe führt von außen zum Hause hinauf, ähnlich, wie wir uns etwa jene Freitreppe denken, die sich in der Burg Elys nach dem Nibelungenliede befindet, wo der gewaltige Endkampf der Burgunden gegen die anstürmenden Hunnen zu denken ist. Das eigentliche Kaiserhaus besteht aus einem zweistöckigen Saalbau, der durch reiche Rundbogenfenster sein Licht erhält, und der St. Ulrichskapelle. Diese stammt aus dem 11. Jahrhundert und hat als Grundriß ein griechisches Kreuz. In ihr ruht das Herz des Kaisers Heinrich III.

Gleichzeitig mit mir stand damals ein geistiger Geschichtsforscher vor dem altersgrauen Gebäude. Sein Herz gehörte ganz dem jugendlichen, glänzenden Mittelalter. Hier sah er nun jene Zeit verkörpert und fast schon durch ein Jahrtausend ragen. Sein Leben hatte er an die Erforschung dieser Zeit gesetzt, nur war es schier abgelaufen, während dieses Zentralvielleicht noch viele ungehörte Generationen ergaun und immer wieder stauend vor sich sehen wird. Da wandte er sich mit feuchtem Auge um und sprach nur die Worte: „Was ist der Mensch?“ Ich aber dachte an die Inschriften von Dinkelsbühl. Georg Rowoldt.

# Allgemeine Rundschau

## Die deutschen Gewerkschaften an die Arbeiter der Welt

Infolge der furchtbaren Mordtät der Franzosen in Essen, der 13 wehrlose deutsche Arbeiter zum Opfer gefallen sind, haben die sämtlichen deutschen Spitzengewerkschaften sich mit folgendem Ausruf „An die Arbeiter der Welt“ gewandt:

„Der völkerrechtswidrige Einbruch des französischen Militarismus in das Ruhrgebiet mitten im Frieden hat neue blutige Opfer gefordert. Gestützt auf das unantastbare Recht, die Freiheit ihrer Arbeit zu verteidigen, aus freiem Entschluß und unbeeinflusst von Werksleitung oder Regierung, demonstrierten unbewaffnete Arbeiter auf dem Krupp-Werk in Essen gegen die Besetzung des Werkes durch die Franzosen. Die Antwort darauf waren 13 Tote und eine weit größere Zahl von Verwundeten. Als Grauel des Krieges leben wieder auf, nur zügellos noch, häßlicher, des letzten Scheins von Recht entkleidet.“

Was will der französische Militarismus im Ruhrgebiet? Angeblich Reparationen und produktive Pfänder! Wieder und wieder haben das deutsche Volk und seine berufenen Vertreter, haben insbesondere auch die deutschen Gewerkschaften ihre Bereitwilligkeit zu Reparationen im Rahmen der Leistungsfähigkeit durch Wort und Tat kundgetan. Deutsche Vorschläge haben in London und Paris vorgelegen und hätten bei allseitigem guten Willen eine Verhandlungsgrundlage werden können.

Was geschieht statt dessen? Brutale Waffengewalt besetzt die deutschen Arbeiterstätten und trat an Stelle der deutschen Verwaltung. Tausende von Beamten, die Organe der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, wurden verhaftet, mißhandelt, ausgewiesen. Verkehrsmittel, Kohle, Geld, der Lohn der Arbeiter, die Unterstützung der Gewerkschaften wurden wahllos „beschlagnahmt“. Täglich werden neue Tausende von deutschen Arbeitern und Angehörigen erwerbslos. Ungezählte auch von ihnen wurden eingekerkert, mit Frau und Kind aus ihren Wohnungen gejagt, andere ohne jeden Anlaß getötet oder verwundet. Das Massaker von Essen stellt den neuesten und furchtbarsten, aber keineswegs den einzigen Fall der Hinrichtung unbewaffneter Arbeiter durch den französischen Militarismus dar.

Die Freiheit der Arbeit, die Achtung des Arbeiters als eines vollwertigen, für sich selbst verantwortlichen, aus freiem Willen handelnden Menschen, sie wird im Ruhrgebiet, im besetzten Deutschland durch die militärische Diktatur mißachtet und unterdrückt! Das französische Volk verkündete vor mehr als 100 Jahren die Menschen- und Bürgerrechte! Die heutigen Gewaltthäter Frankreichs wollen die freie Arbeit in Sklaverei verwandeln. Die löbliche Errungenschaft jahrhundertlang sozialer Kämpfe und eine Vorbedingung jeder wahren Kultur ist in Gefahr!

Arbeiter der Welt, öffnet Augen und Ohren! Diese Gefahr besteht nicht für den deutschen Arbeiter allein, sie droht euch allen, wenn die Gewalt über das Recht triumphiert!

Arbeiter der Welt, seid gewarnt, und schützt die Freiheit der Arbeit, ehe es zu spät ist!

### „Ruhrhilfe“

Mit seltener Opfermütigkeit hat sich das deutsche Volk in allen seinen Schichten hinter die Ruhrkämpfer gestellt. Geldmittel großen Umfangs, Lebensmittel und Sachwerte sind überall aufgebracht worden und haben den Widerstand an der Ruhr stärken helfen. Es haben sich jedoch im Laufe der Zeit verschiedene nebeneinanderlaufende Sammelorganisationen zur Linderung der Not gebildet mit dem Ergebnis, daß Mißverständnisse über den Zweck der einzelnen Sammlungen und störende Zerplitterungstendenzen sich bemerkbar machen. Es scheint daher notwendig, die Tätigkeit der verschiedenen Sammelorganisationen kurz zu kennzeichnen und so die Möglichkeit zu geben, sie auseinanderzuhalten.

Zunächst die Ruhrhilfe. Sie ist in Wirklichkeit das gemeinsame Hilfswerk der Arbeiter und Arbeitgeber. Es stellt keine eigentliche Sammlung dar, sondern die Mittel werden durch eine gemeinsame Umlage eingebracht. Die Arbeiter und Angestellten zahlen einen Stundenverdienst, die Arbeitgeber das Biergeld dieser Lohnsumme. Die Verwertung der eingehenden Gelder erfolgt streng paritätisch durch Gewerkschaften und Arbeitgeber. Die Ruhrhilfe dient jagungsgemäß für Unterstützung der infolge Arbeitsmangels Leidenden und zur Kinderfürsorge. Die Gelder sind nicht bestimmt für Lohnzahlungen, für Unterstützung an vertriebene Beamte (für die natürlich durch die Regierung gesorgt wird) und dergleichen. Mit den Mitteln der Ruhrhilfe sollen im Ausland Lebensmittel (vor allem Schmalz, Speck, Reis usw.) eingekauft und an die besonders durch die Not bedrohten Orte und Bezirke unentgeltlich zur Verteilung gebracht werden. Die Bedürftigen werden durch Gutscheine, die ihnen von den wirtschaftlichen Verbänden und den Gewerkschaften auszuhandeln sind, in die Lage gesetzt werden, diese Lebensmittel zu erhalten. Die in der Öffentlichkeit wiederholt aufgestellten Vermutungen, daß aus den Mitteln der Ruhrhilfe Unterstützungen an Unternehmer erfolgten, sind völlig unbegründet. Daß die Mittel der Ruhrhilfe so verwendet werden, wie es bei ihrer Gründung beschlossen wurde, dafür sorgt die Zusammenfassung der über die Verteilung der Mittel beschließenden Körperschaft, in der zu gleichen Teilen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter sitzen. Ohne Zustimmung der Arbeitnehmer darf kein Vermögungsverkauf werden.

Neben der „Ruhrhilfe“ besteht das „Volksoffer“, das sich mit seiner Sammlung an die weitesten Kreise

## Am 14. April 1923 ist der fünfzehnte Wochenbeitrag für das Jahr 1923 fällig.

des In- und Auslandes wendet und in erster Linie die notleidenden Sozialrentner, Kriegsbeschädigten, Witwen und sonstigen Bedürftigen unterstützt. Damit sich „Ruhrhilfe“ und „Volksoffer“ in ihren Aufgaben nicht durchkreuzen, sondern ergänzen, nehmen wechselseitig Vorstandsvertreter mit beratender Stimme an den beiderseitigen Vorstandssitzungen teil. Außerdem sitzen auch Gewerkschaftsvertreter im Arbeitsausschuß des Volksoffers.

Für die Kinderhilfe ist eine besondere Organisation geschaffen, in deren Finanzausschuß auch Vertreter der Ruhrhilfe sitzen. Diese „Zentralstelle für Kinderhilfe im Einbruchgebiet“ wird teils aus Staatsmitteln, teils aus dem Ertrag der Sammlungen finanziert, sammelt aber auch selbst. Sie betreibt praktische Kinderfürsorge, vor allem die Verbringung der Ruhrkinder ins Ausland und in deutsche Landgebiete.

## Die wirtschaftliche Bedeutung des rheinisch-westfälischen Industriebezirks

Die große Bedeutung des besetzten Gebietes in Rheinland-Westfalen sowohl für die gesamte deutsche Volkswirtschaft wie auch für die europäische und für die Weltwirtschaft beruht einerseits auf der hochentwickeltesten Industrie jener Gebiete, andererseits auf ihrer günstigen verkehrsgeographischen Lage. In besonders ausführlicher Weise wird dies im Heft 5 von „Wirtschaft und Statistik“ nachgewiesen. Das Rheintal war von jeher die kontinentale Verkehrsstraße, die Süd- und Nordwesteuropa miteinander verbindet. Diese wichtige Nord-Südverbindung wird an zahlreichen Stellen, z. B. Karlsruhe, Mannheim, Mainz, Köln und Düsseldorf, von west-osteuropäischen Hauptverkehrsachsen geschnitten, so daß im Rhein- und Ruhrgebiet eine Reihe von bedeutenden kontinentalen Verkehrsknotenpunkten entstanden sind. Mehr als ein Drittel des gesamten deutschen Güterverkehrs auf den Bahnen und ein Viertel der Gesamtheit der deutschen Binnenschifffahrt entfällt auf das Ruhrrevier. In diesem Gebiet befinden sich drei Viertel des gesamten deutschen Kohlenverbrauchs. Die Steinkohlenförderung im Jahre 1922 betrug 77 Prozent der deutschen Gesamtförderung. Die Holzproduktion 1913 78 Prozent der deutschen Gesamtproduktion, die Roheisenerzeugung 1920 63 Prozent der deutschen Gesamterzeugung, die Rohstahlerzeugung 1920 64 Prozent der deutschen Gesamterzeugung. Im Ruhrrevier lebt ein Zwölftel der Gesamtbevölkerung des Deutschen Reiches.

## Warenwucher und Produktionssteigerung

In Deutschlands größter Not ist es eine betrübliche Tatsache, daß es heute noch zahlreiche Leute gibt, die sich diese zunutze machen und den bedürftigen Nächsten durch angemessene hohe Preise noch auszubeuten suchen. Alle gesetzlichen Bestimmungen und Maßnahmen haben dagegen verhältnismäßig wenig ausgerichtet, was allerdings z. T. daran liegt, daß sie allzu schwächlich angewendet wurden. Jedenfalls, das Uebel ist weiter. Das wirksamste Mittel zur Bekämpfung des so verwerflichen Wuchers ist zweifellos die Vermehrung der Warenmenge. Hierzu schreibt in den „Sozialistischen Monatsheften“ (1922, 25/26) Julius Faliski:

„Diesen (den Wucher) bekämpft man jedoch im wesentlichen auch nur, indem man sich gegenseitig demunziert und anklagt, während sich augenscheinlich niemand der eigenen Schuld bewußt ist. Alle Erfahrungen bestätigen die Tatsache, daß Wucher auf die Dauer nur dann möglich ist, wenn an den Waren, mit denen gehandelt wird, Knappheit herrscht. Wer Wucher beseitigen will, muß sich schon entschließen, dem Mangel an den betreffenden Waren entgegenzuarbeiten und, die Zusammenhänge der Produktion würdigend, sich für eine Steigerung der gesamten Produktivität einzusetzen. Das gilt für die Industrie genau in demselben Maße wie für die Landwirtschaft, nur daß im einzelnen hier wie dort die Mittel und Wege dem Ziel entsprechend gewählt werden müssen. Deutschland braucht eine Einschränkung der Industriebasis bei gleichzeitiger Erhöhung der Produktivität, während die Landwirtschaft Erweiterung der Produktionsbasis ebenfalls unter gleichzeitiger Steigerung der Produktivität braucht. Alles, was dieser Aufgabe dienlich, hätte bewirkt werden müssen. Also auch eine Erhöhung der Arbeitsleistung des einzelnen, ohne die die erforderliche Vermehrung der quantitativen und qualitativen Gesamtleistung nicht zu erreichen ist.“

Eine Krankheitserscheinung der Wirtschaft, die auch in diesem Zusammenhange genannt werden muß, ist die Ueberhandnahme des Händlertums (teilweise bis zu 100 Prozent und mehr der Volkswirtschaft), was das bei gleichzeitiger Rückgang des Verbrauchs. Nach wird unendlich viel Arbeitskraft und Intelligenz aufgewandt in Unternehmungen, die ausschließlich spekulativen, keinen produktiven Zwecken dienen. Dadurch werden die Waren verteuert und arbeitsfähige Händler unmittelbar produktiver Arbeit entzogen. Die Spekulation muß wieder erlegt werden durch die Produktion! Was die Erhöhung der Arbeitsleistung angeht, so ist die Notwendigkeit zuzugeben. Nur muß man sich endlich von der einseitigen Betrachtungsweise frei machen, als sei das ausschließlich eine Frage der Arbeitszeit. Es kommt, man muß das immer wieder betonen, hauptsächlich auf den Arbeitswillen und die Arbeitsfähigkeit der Arbeiterschaft an. Hierzu gilt es die Voraussetzungen zu schaffen. Keine Frage

ist auch, daß durch Verbesserungen der Betriebsorganisation und Betriebstechnik der Effekt der Arbeitsleistung noch bedeutend erhöht werden kann.

## Dr. Th. Brauer ordentlicher Professor

Kollege Dr. Th. Brauer, zuletzt an der Zentralstelle der kath. Gesellenvereine tätig, hat einen Ruf als ordentlicher Professor der Nationalökonomie an der Technischen Hochschule in Karlsruhe erhalten.

Ueber den Lebensgang des Kollegen Brauer schreibt die „Völk. Volkszeitung“: „Dr. Brauer ist im besten Sinne des Wortes ein Eismademan und hat sich durch seinen zähen Fleiß und seine zielbewusste Energie zu der geachteten Stellung emporgearbeitet, die er nunmehr als Mitglied eines akademischen Lehrkörpers einnimmt. Geboren 1880 zu Cleve, besuchte er bis zu seinem 12. Lebensjahre die dortige Volksschule und danach die Klosterschule in Belgien bis 1897. Nach dem Abschluß seiner Schulbildung wurde er Korrespondent in einem Betriebsgeschäft und trat dann in die sozialpolitische und gewerkschaftliche Bewegung ein. Vorübergehend war er Sekretär an der Volksvereinszentrale in M. Gladbach und danach Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften und Redakteur des „Zentralblattes“, später der „Deutschen Arbeit“, ebenso Herausgeber der meisten Broschüren und Abhandlungen, die von der Zentrale in Köln herausgegeben wurden. 1917-1920 widmete er sich an der Universität Bonn dem Studium der Nationalökonomie, Geschichte und Philosophie, machte zwischendurch die Militärkennprüfung und bestand im Juli 1920 an der Bonner Universität das Doktorexamen mit „Sehr gut“ auf Grund seiner Dissertation über „Das Betriebsrätegesetz und die Gewerkschaften“. Seine Berufung zum Hochschulprofessor ist die wohlverdiente Anerkennung seiner bisherigen, in echt wissenschaftlichem Geiste geleisteten Arbeit.“

Die Berufung unseres Kollegen Dr. Brauer wird von allen christlichen Gewerkschaftern mit Freuden begrüßt werden. Seine Berufung ist auch eine Ehrung unserer Bewegung, um die sich der Berufene so große Verdienste erworben hat. Wir wünschen ihm von Herzen Glück und recht gute Erfolge auf seinem ferneren Lebenswege.

## Wer muß als Lohnempfänger eine Steuererklärung abgeben?

1. Wer im Jahre 1923 mehr als 400 000 M Arbeitseinkommen hatte.
2. Dem mehr als 40 000 M Steuer abgehalten sind.
3. Wer neben seinem Arbeitseinkommen mehr als 5000 M aus Grundbesitz, Kapitalvermögen oder Gewerbe hatte.
4. Wer mehr gemäß § 13 als 7650 M Abzüge für Werbungskosten hatte und diese nicht schon auf dem Steuerbuche für 1922 berücksichtigt gewesen sind. Dabei werden zugelassen für Steuerbefreiung bis 2000 M, Lebensversicherung bis 16 000 M und Beiträge für unblütige und gemeinnützige Zwecke bis 10 Prozent des Einkommens, sofern der Einzelbetrag mehr als 200 M beträgt.
5. Wenn nicht alle Personen seines Haushalts, die in der Zeit vom 20. Oktober 1921 bis 31. Dezember 1922 hinzugekommen sind (Eirat, Geburt) auf dem Steuerbuche für 1922 berücksichtigt gewesen sind.
6. Wenn Kapitalertragsteuer abgehalten ist und sein Gesamteinkommen nicht mehr als 200 000 M beträgt, zur Berechnung der Kapitalertragsteuer auf die Einkommensteuer gemäß § 41.
7. Wer durch besondere wirtschaftliche Verhältnisse im Jahre 1923 in seiner Leistungsfähigkeit beeinträchtigt gewesen ist (Krankheit in der Familie, Kriegsbeschädigte) und Ermäßigung hierfür beantragt, sofern sein Gesamteinkommen nicht mehr als 800 000 M betragen hat.

Der Minister hat den Käsen Anweisung gegeben, Antworten auf Ausstellungen von Berechtigungen über die Höhe der im abgelaufenen Kalenderjahre bezogenen Einkommen und der davon abgehaltenen Steuerbeträge mit tunlichster Beschleunigung zu entsprechen.

Es wird allen empfohlen, nachzuprüfen, ob die Abgabe einer Steuererklärung notwendig ist, damit bei keinem die Festsetzung eines Zuschlages von 10 Prozent gemäß § 170 A. O. (Fristverlängerung) und des Geldstrafengesetzes in Frage kommt.

Die Frist zur Abgabe der Steuererklärung ist neuerdings bis 30. April 1923 verlängert worden.

## Aus der Gesamtbewegung

### Unsere Toten im Ruhrkampf

Die christlichen Gewerkschaften haben, soweit bis jetzt bekannt geworden, unter den im Ruhrrevier von fremder Soldateska ohne jeden Grund Erschossenen zwei ihrer Anhänger zu beklagen. In Essen-Grintrop wurde der Metallarbeiter Anton Stöckhorst (Mitglied der Oberhausener Verwaltungsstelle des christl. Metallarbeiterverbandes), als er auf einem Straßenbahnwagen stand, ohne ersichtlichen Anlaß von einem belgischen Soldaten erschossen. Auf Zeche Prinzregent fiel das jugendliche Mitglied des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter Gerhard Sieghardt bei einem Holztaubüberfall französischer Truppen. Als die Bergarbeiter den Abtransport des Holzes durch das Schließen des Schüttores verwehrt, feuerten französische Soldaten blindlings zwischen die Bergarbeiter. Dabei wurde der junge Sieghardt tödlich verletzt. Die Jungmänner des Gewerkschaftsvereins, wie auch die Gewerkschaftsleitung, haben beim General Legoutte scharfe Sühne für den Mord an ihrem Kameraden verlangt.

### Sozialversicherung

**Erhöhung der Unterstützungen für die Sozialrentner.** Am 1. Januar 1923 ist die für die Unterstützung maßgebende Einkommensgrenze bei Invaliden- oder Altersrentnern oder Ruhegehaltsempfängern auf 120 000 Mark, bei Witwen- oder Witwerrentnern auf 108 000 Mark, bei Waisenrentnern auf 60 000 Mark erhöht. Die Kinderzuschüsse betragen für jedes Kind 15 000 Mark, die Freigrenze für das Arbeitsentkommen beträgt nunmehr 120 000 Mark, die Freigrenze für besondere Bezüge 36 000 Mark.

**Erhöhte Zulagen in der Unfallversicherung.** Ein Gesetz vom 12. Februar bringt eine weitere Erhöhung der Zulage. Diese wird allen Rentenempfängern gewährt, die eine Rente von wenigstens 33 1/3 Prozent der Vollrente beziehen. Die Zulage besteht in dem Betrag, um den die Rente hinter dem Betrage zurückbleibt, den sie hätte, wenn sie nach einem Jahresarbeitsverdienst berechnet würde, der im Gesetz näher umschrieben ist. Als Jahresarbeitsverdienst gilt bei Berechnung der erhöhten Rentenanteile von weniger als 50 Prozent, u. a. bei landwirtschaftlichen männlichen Arbeitern 324 000 Mark, bei gewerblichen Arbeitern 450 000 Mark. Bei Berechnung anderer erhöhter Renten gilt als Jahresarbeitsverdienst der Betrag von 840 000 Mark bzw. 1 152 000 Mark.

**Erhöhte Leistungen der Krankenkassen.** Nach einer neuen Verordnung über Grundlohn und Sterbegelder in der Krankenversicherung ist der gesetzliche Höchstbetrag für den Grundlohn auf 1200 Mark und der jahresmäßig zulässige Höchstlohn auf 3600 Mark erhöht. Ferner schreibt die neue Verordnung vor, daß die Arbeitgeber unbeschränkt für alle Personen, die zur Mitgliedschaft bei einer Orts-, Land- oder Innungskrankenkasse oder bei einer knappschaftlichen Krankenkasse verpflichtet sind, der Kasse innerhalb einer Woche nach dem Inkrafttreten der Verordnung die zur Berechnung der Beiträge erforderlichen Angaben zu machen haben. Die neue Verordnung bringt auch eine Erleichterung für schwerende Fälle.

### Bau-Rundschau

#### Zunehmende Bautätigkeit

Trotz aller geldlichen und politischen Hemmungen besteht die Bautätigkeit sich wieder zu heben, wie aus der Statistik der in der „Bauwelt“, Berlin, veröffentlichten Bauvorhaben hervorgeht. Es wurden bekannt: Januar 1923 183 Wohnbauten, 236 Fabrikbauten, zusammen 419, Februar 1923 411 Wohnbauten, 163 Fabrikbauten, zusammen 574, März 1923 516 Wohnbauten, 391 Fabrikbauten, zusammen 907. Die Zahl der Bauvorhaben wird sich noch vergrößern, wenn die Stabilisierung des Geldwertes eintritt und die Kosten für einen Bau genau zu übersehen sein werden.

Von großer Bedeutung ist ferner die kürzlich erfolgte Bekanntgabe der Höhe der Landes-Darlehen zum Wohnungsbau, die auf das 50fache der Grundstücke gesteigert wurden. Das heißt, auf eine 70 Quadratmeter-Wohnung entfallen 6,3 Millionen Mark Landes- und 6,3 Millionen Mark Kommunal-Darlehen, insgesamt 12,6 Millionen Mark. Da die Verteilung dieser Mittel durch Preisen bereits erfolgt ist, kann mit einer baldigen weiteren Verteilung des Sammarils gerechnet werden.

#### Bauarbeiterlöhne, Baustoffpreise, Gesamtbaukosten

Das „Wöchentliche Wohnungsblatt“ (Nr. 3) veröffentlicht folgenden Baukosten-Zusatz für den Kleinstwohnungsbau in Berlin:

	1. Febr. 15. Febr.	1. März 15. März
Arbeiterlöhne	1500 2950	2950 3500
Baustoffpreise	5700 7100	9700 9700
Gesamtbaukosten	3800 5250	6650 6650

(Die Zahlen bedeuten das Vielfache der entsprechenden Baustofflöhne bzw. -preise.)

Es ist zu bemerken, daß diese Zahlen wohl nicht zu zeigen, wo der Hebel angelegt werden muß, soll eine wirksame Verbilligung des Wohnungsbauens eintreten.

#### Ein Gesetz über die Erschließung von Baugelände

Der Bayerische Landtag von der Staatsregierung vorgelegt worden. Das neue Gesetz bezweckt die wirtschaftliche und die Grundstücke des neuen ländlichen Städtebaus berücksichtigende Erschließung von Baugelände in der Umgebung der Städte, und zwar sollen durch das Gesetz vor allem die Interessen des Gemeinwohls gegenüber den Interessen der Grundeigentümer und der Sanpfektion sichergestellt werden. Die Begründung zu dem Gesetzentwurf legt dar, daß das Interesse des Gemeinwohls bei der Erschließung von Baugelände nicht nur auf der Verteilung und die wirtschaftliche Erhaltung der Fläche, sondern auch auf eine wirtschaftliche Wohnungsversorgung, Gesundheit der Bewohner, Feuergefährlichkeit und Erhaltung der landschaftlichen Schönheit. Während die Straßen freigelegt und auf weite Sicht angelegt werden müssen, der Verkehrsraum durch Einhaltung freier Plätze die notwendige Erweiterung erfahren muß, sind daneben Flächen für Anlagen, Spielplätze, Sportgebiete landschaftlicher Schönheit von der Bebauung frei zu halten. Das Gesetz bezeichnet die Summe aller dieser Flächen als Gemeinbedarf. Nach dem Gesetzentwurf können nun die Grundeigentümer beim Scheitern einer auf Vereinbarung beruhenden Verhandlung zur teilweisen Abtretung und zur Aufhebung ihrer Grundrechte gezwungen werden, um die Verteilung dieses Gemeinbedarfes zu ermöglichen. Ein Zwangsverfahren gegen den Willen der Mehrheit der betroffenen Grundeigentümer ist nur vorgezogen, wenn besonders dringende Interessen des Gemeinwohls in Frage kommen.

### Zur Frage der wirtschaftlichen Gestaltung der Wohnung

wurden auf der hier schon wiederholt besprochenen Reichsfielungswache nach mehreren ausführlichen Referaten und ergiebigen Aussprachen folgende Richtlinien aufgestellt:

1. Die heute einzig berechnete Siedlung ist die produktive Siedlung mit genügendem Gartenland.

2. Das Gartenland soll, wenn es nicht in unmittelbarer Verbindung mit der Wohnung stehen kann, möglichst nicht mehr als 20 Minuten entfernt liegen.

3. Ein Bau von Stagenwohnungen in 3, 4 und 5 Geschossigen Bauwerken ist nur dann berechtigt, wenn alle Straßen und Leitungen bereits vorhanden sind, wenn jede Wohnung möglichst innerhalb des Baublocks einen Garten hat von wenigstens 200 Quadratmeter, und wenn die Wohnungen den Normalanforderungen, wie wir sie für die Lebensdauer des Gebäudes verantworten können, entsprechen.

4. In allen anderen Fällen ist der Flachbauweise der Vorzug zu geben, weil sie die Verbindung mit dem Garten erleichtert, dem Familienleben angemessener ist, die Mitarbeit des Siedlers beim Bauen erleichtert und damit wirtschaftlicher ist als das große Stagenmietenhaus.

5. Innerhalb der Flachbauweise ist dem Reihenhause wegen seiner billigeren Herstellung und leichterem Heizbarkeit der Vorzug zu geben, und zwar in städtischer Bauweise dem zweigeschossigen, in der ländlichen Bauweise dem eingeschossigen Reihenhause.

6. Doppel- und Einfamilienhäuser sollten nur dann gebaut werden, wenn sie durch eine oder mehrere der folgenden Maßnahmen wirtschaftlicher als andere Formen sind:

- a) Selbsthilfe des Siedlers,
- b) Wahl kleiner, später erweiterungsfähiger Form,
- c) Zuteilung genügendem Gartenlandes von wenigstens 1/4 Morgen am Hause.

7. Als die beste Wohnungsform kann diejenige bezeichnet werden, welche es erlaubt, daß zunächst zwei Familien ohne Unzutraglichkeiten eine Normalwohnung bewohnen. Dies wird besonders dadurch erreicht, daß eine von außen leicht zugängliche Treppe unmittelbar in das als kleiner Wohnung ausgebaute Dachgeschoss oder Obergeschoss führt.

8. Die sehr verbesserte Erreichung der Behm-, Schlaftensystem- und anderer lohnsparender Bauweisen und die steigende Kostenspartheit gibt diesen Bauweisen wieder erhöhte Bedeutung. Es wird aber empfohlen, sich bei größeren Bauvorhaben an den deutschen Ausschuss für wirtschaftliches Bauen, Dresden-A., Kanzleigäßchen 1, um genaue Auskunft zu wenden.

9. Es macht sich überall in der Praxis ein Mangel an Unterführern bemerkbar, welche die Siedler anleiten können, die örtlich besten Bauausführungen zu wählen und auszuführen. Diese Unterführer müssen auch gleichzeitig lau, männlich und gewissenhaft gebildet sein. Die leitenden Stellen werden gebeten, für die Ausbildung solcher Führer Sorge zu tragen, vor allem auf die Baugewerkschaften in diesem Sinne hinzuwirken und das Programm der Baugewerkschaften im Einvernehmen mit den zuständigen Stellen, z. B. den Vertretern der Gewerkschaften und dem deutschen Ausschuss für wirtschaftliches Bauen neu auszugestalten.

### Bücherchau

#### Für Heimkatter und Kleingärtner.

Große Scharen von Arbeitern, Angestellten und Beamten in Städten sind im glücklichen Besitz gepflanzter Kleingärten. Ein großer Teil dieser Kleingärtner ist aber nicht imstande, den Ertrag aus ihren Kleingärten zu erzielen, der bei einer richtigen Behandlung herausgeholt werden könnte, weil ihnen die nötigen Kenntnisse dazu fehlen. Um nun unseren Kollegen diese Kenntnisse zu vermitteln, haben wir zwei Schriften mit in unseren Vertrieb übernommen, die gerade jetzt, wo mit den Vorarbeiten im Garten begonnen werden muß, unschätzbare Dienste leisten werden:

1. „Kleingärten in Stadt und Land. Ihre zweckmäßigste Einrichtung und Bewirtschaftung, nebst einfachsten Zubereitungsweisen für Gemüse und Obst, mit Gartenplan und einem Anhang.“ Alles, was man über die Einrichtung des Kleingartens, den Gemüse- und Obstbau, Ernte, Zubereitung und Aufbewahrung, auch über Blumen wissen muß, um auch wirkliche Vorteile aus dem Garten zu ziehen, ist in dieser Schrift enthalten.
2. „Gemüse- und Obsttafel über Sorten, Ansaat, Bepflanzung und Ernte.“

Wie schon der Titel sagt, handelt es sich nur um eine auf Leinwandpapier aufgezogene, zusammenfaltbare Tabelle. In klarer und übersichtlicher Weise sind an linken Rand in alphabetischer Reihenfolge die verschiedenen Gemüsesorten aufgeführt. Rechts daneben befinden sich, nach Spalten geordnet, die Angaben über: Empfehlenswerte Sorten; wann Ansaat und Pflanzung erfolgt; welche Düngung und Bodenart erforderlich; wieviel Samen braucht man auf 1 Quadratmeter? wann Erntezeit usw. Aus diesen kurzen Angaben ist ohne weiteres ersichtlich, daß die Tabelle im Besitz eines jeden Kleingärtners sein muß.

Preis der ersten Schrift bei portofreier Zusendung 1000 Mark; Preis der Tabelle bei portofreier Zusendung 200 Mark.

Die Auslieferung erfolgt nur gegen vorherige Einzahlung des Betrages auf unser Postkassenkonto Berlin

Nr. 7, Nr. 117 692. Um den erhöhten Portobetrag zu sparen, liegt es im eigenen Interesse, die Schriften sofort zu bestellen.

#### Wie wehre ich mich gegen eine Entlassung?

Heute, in der Zeit drohender Betriebsbeschränkungen und Arbeitslosigkeit, ist diese Frage geradezu eine Selbstfrage für Millionen von Arbeitern. Um unsere Kollegen vor einer ungerechtfertigten Kündigung zu schützen, haben wir unter obigem Titel eine Schrift herausgegeben, die alle einschlägigen Bestimmungen über die Kündigung von Arbeitern in knapper und übersichtlicher Darstellung enthält.

Aus dem Inhalt dieser Schrift:

1. Die befristete Entlassung.
2. Die fristlose Entlassung.
3. Die Massenentlassung.
4. Entlassung zur Verringerung der Arbeiterzahl.
5. Die Entlassung Schwerbeschädigter.
6. Die Entlassung von Betriebsverletzern.
7. Die Entlassung von Betriebsobmännern.

Die augenblickliche Wirtschaftslage, die aller Wahrscheinlichkeit nach sich noch verschlechtern wird, zwingt jeden Arbeitnehmer sich mit den gesetzlichen Bestimmungen von Betriebsbeschränkungen und Entlassungen vertraut zu machen.

Der Preis der Schrift ist 800 Mark einschließlich Porto und Verpackung, bei Abnahme von mehr als 10 bis 50 Stück 750 Mark, bei mehr als 50 Stück 700 Mark. Da wir die Erfahrung gemacht haben, daß in vielen Fällen die Rechnungen erst nach längerer Zeit und mehrmaligem Mahnen bezahlt werden, sind wir durch die Geldentwertung gezwungen, nur gegen Voreinsendung des Betrages (Postkassenkonto Berlin 117 692) oder gegen Nachnahme zu liefern. Kollegen, die bisher ihre Rechnungen pünktlich bezahlt haben, liefern wir gegen Kredit bis zum 1. Mai dieses Jahres.

Christlicher Gewerkschaftsverlag  
Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 25.

### Sterbetafel.

Am 20. März starb nach langem, schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Dachdecker **Willy Pogenwisch** im Alter von 38 Jahren.

Die Gruppe **Mettmann**.

Ehre seinem Andenken!

### „Baugewerkschaft“ e. G. m. b. H. Berlin

Bilanz per 31. Dezember 1922

Passiva	Mark	Schilling	Franken	Reichsmark
<b>Barer Kassenbestand</b>				161 962,70
<b>Guthaben</b>				
a) bei der Bank	2 100,-			
b) beim Reichsbankamt	681 412,52			683 513,62
<b>Caution</b>				3 600,-
<b>Beteiligung bei anderen Unternehmen</b>				12 500,-
<b>Schuldner</b>				
a) Forderungen f. fertige Bauten	1 129 019,11			
b) Forderungen f. Bauten im Angriff	9 124 787,25			
c) Diverses	43 667,15			9 297 453,51
<b>Geräte, Rückgang u. Materialbestände</b>				1 301 376,50
<b>Inventar</b>				114 881,53
<b>Geschäfts-Anteile</b>				421 250,-
<b>Sparkasse der Mitglieder</b>				549 063,95
<b>Reservefonds</b>				11 613,81
<b>Hilfsfonds</b>				4 117,66
<b>Fonds für Reuanstellungen</b>				4 141,66
<b>Ungewisser</b>				
a) Vorkaufzahlungen für Bauten im Angriff	7 584 157,60			
b) Darlehen	456 228,19			
c) 1923 bezahlte, z. Bst. 1922 geh. Ust.	398 340,68			
d) Rückstellungen	550 000,-			
e) Diverses (Bücheranten u.)	1 175 739,45			10 182 463,84
<b>Gewinn</b>				536 132,11
				11 458 611,53

#### Gewinn- und Verlust-Rechnung

Gewinn	Mark	Schilling	Franken	Reichsmark
<b>Gewinn</b>				15 726 463,84
<b>Verbrauchte Rückstellung aus dem Vorjahr</b>				40 000,-
				10 786 463,84
<b>Ausgaben</b>				
<b>Baubetrieb-Selbstkosten</b>				7 285 606,43
<b>Betriebskosten</b>				
a) Gehälter	890 385,35			
b) Soziale Kosten	150 972,53			
c) Allgemeine Unkosten	905 681,9			1 877 039,79
<b>Steuern</b>				27 576,05
<b>Zinsen</b>				
a) auf Sparkassen-Gelder der Mitglieder	10 678,15			
b) sonstige	22 976,10			33 654,25
<b>Abschreibungen</b>				
a) Geräte, Rückgang u.	47 539,30			
b) Inventar	74 912,50			
c) Materialien	824 001,-			946 452,30
<b>Rückstellungen</b>				
a) für Steuern	150 000,-			
b) für Bauten im Angriff	250 000,-			
c) für zweifelhafte Forderungen	150 000,-			550 000,-
<b>Gewinn</b>				536 132,11
				10 786 463,84

#### Mitglieder-Belegung

Bestand am 1. 1. 1922: 251 Mitglieder mit 257 übern. Anteilen  
Zugang per 1922: 63  
314 Mitglieder mit 324 übern. Anteilen  
Abgang per 1922: 3  
311 Mitglieder mit 321 übern. Anteilen  
Bestand am 31. 12. 22: 331 Mitglieder mit 370 übern. Anteilen.  
Die Kasssumme betrug am 31. 12. 22: 749 000,- Mark.  
Ob. Revisoren: gez. Franz Gummeling, gez. Karl Regel, gez. Andreas Dreyer.  
Der Aufsichtsrat: gez. O. G. Müller, gez. G. Schlichter.  
Der Vorstand: gez. R. Stolze, gez. H. Jacobi, gez. A. Bergmann, gez. F. Schulz.